

Gewerkschaftsforum Hannover:

Der folgende Artikel zur Krise des „Modells Dänemark“ erschien stark gekürzt (5.745 Zeichen) in der **„jungen Welt“** vom **6.9.2008**. Hier der komplette Originaltext (7.408 Zeichen).

Entspannt in die Rezession?

In Dänemark nimmt man die Wirtschaftskrise, trotz täglicher Alarmmeldungen, scheinbar gelassen.

Wal demar Bol ze

Ist Dänemark ein „Sonderfall“? Gäbe es nicht allzu viele „Sonderfälle“ und „Sonderwege“ (Deutschland, Japan, Frankreich, die Schweiz...) man könnte es fast meinen. Ein Land mit nur 5,5 Millionen Einwohnern und einem Bruttoinlandsprodukt, das nur 9% des deutschen BIP entspricht, sich aber dennoch beharrlich weigert die „Alternativlosigkeit“ des Euro anzuerkennen und auch deshalb immer wohlhabender wird, verwundert nicht wenige. Zumal sich das Königreich Dänemark Steuerquoten und ein Sozialsystem leistet, dass den Neoliberalen als ruinös gilt. Die „Frankfurter Allgemeine“ machte Ende Juli aus ihrer Verwunderung keinen Hehl: *„Eigentlich ist es fast schon ein Witz: Wie kann es dazu kommen, dass angesichts der welthöchsten Steuerlasten (viel mehr als im berühmten Schweden) und geradezu üppiger Sozialleistungen und hoher Unterstützungszahlungen für die Arbeitslosen überhaupt noch jemand arbeitet? Die Dänen tun es.“*

Ebenso ungewöhnlich ist die Reaktion auf den weltweiten Wirtschaftsabschwung. Während im Westen allgemein das Rezessionsgespenst die Runde macht und alle beten, dass der Kelch an ihnen vorüberzieht, scheint sich ausgerechnet das Land, das als erstes in eine „technische Rezession“ geraten ist, nicht wirklich darum zu scheren. Eine technische Rezession liegt vor, wenn eine Wirtschaft in zwei aufeinander folgenden Quartalen schrumpft und genau das war bei unserem nördlichen Nachbarn der Fall. Im Herbst 2007 ging die dänische Wirtschaftsleistung um 0,2% und in den ersten drei Monaten des laufenden Jahres um weitere 0,6% zurück. Ursache dafür waren die Kursverluste des US-Dollars und des britischen Pfunds gegenüber der dänischen Krone, die im selben Maße an Wert gewann wie der Euro. Dadurch verteuerten sich die Exporte in wichtige Abnehmerländer. Hinter Deutschland (mit einem Anteil von 16,9%) bilden Schweden (14,6%), Großbritannien (8%) und die USA (6,4%) die wichtigsten Märkte. Selbstverständlich machen die Chefökonomien der großen Banken auch die „hohen Lohnsteigerungen“ von nominell 5% im Jahr für den Verlust an „Konkurrenzfähigkeit“ verantwortlich. Fakt ist, dass sich das Verbrauchervertrauen eingetrübt hat, der Binnenkonsum nachlässt und die Börse Kursverluste verzeichnet.

Trotzdem spricht, anders als bedeutende Ökonomen, weder die aus der liberalen Venstre und der Konservativen Volkspartei bestehende, rechte Regierung unter Anders Fogh Rasmussen noch die sozialdemokratische Opposition von einer „Krise“. Man weist vielmehr darauf hin, dass das frühe Osterfest die Zahl der Arbeitstage im

ersten Quartal 2008 von 64 auf 61 reduziert habe und es sich bei der Rezession eigentlich nur um ein kalendarisches Problem handele. Real sei es den Dänen noch nie so gut gegangen wie heute. Tatsächlich ist das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf von 36.500 Euro im Jahr 2004 auf 41.700 in 2007 gestiegen. Gleichzeitig fiel die Arbeitslosenquote, trotz einer steigenden Zahl an Arbeitsimmigranten und Pendlern auch aus Deutschland, von 5,5% in 2004 auf gegenwärtig 1,9% und die offizielle Inflationsrate schwankte zwischen 0,9% und 1,7%.

Auf den ersten Blick wirken auch Lohnsteigerungen wie sie 65.000 dänische Krankenschwestern im Frühjahr mit einem zweimonatigen Streik durchsetzten, beachtlich. Innerhalb von drei Jahren sollen sie 13,3% mehr bekommen. Das ist allerdings kaum mehr als die von den Arbeitgebern vor dem Streik angebotenen 12,8% und deutlich weniger als die 15%, die die Gewerkschaftsbürokratie zum absoluten Mindestmaß erklärt hatte. Angesichts der nun wieder zunehmenden Inflation und dem besonderen Anstieg im Großraum Kopenhagen, der auf real 15 – 20% geschätzt wird, verlieren solche Zahlen allerdings schnell ihren Glanz. Die große bürgerliche Tageszeitung „*Jylands-Posten*“ machte sich sogar einen Spaß daraus, ihren Lesern vorzurechnen, dass das Krankenhauspersonal bei der offiziellen Inflation 12 Jahre lang arbeiten müsse, um die durch den Streik erlittenen Einkommensausfälle auszugleichen. Zumindest in der Tarifpolitik ist Dänemark also kein Sonderfall.

Ein erheblicher Teil des Wohlstandszuwachses der letzten Jahre hat seine Wurzeln im Immobiliensektor, wo Dänemark dem US-Modell nacheiferte. Die Häuserpreise waren in den Jahren 1996 bis 2006 um bis zu 180 Prozent und die Wohnungspreise sogar um knapp 300 Prozent in die Höhe geschneit. Die *FAZ* beschreibt das Vorgehen sehr anschaulich: *„Jeder kaufte, ob er sich die Tilgungen und Zinsen leisten konnte oder nicht, weil es die anderen auch taten und in der Erwartung, dass die Preise noch weiter steigen würden, man schlimmstenfalls ohne Verlust aussteigen, wahrscheinlich aber einen Profit einstreichen könnte.“* Dieses Spekulationsmodell steht nun vor dem Zusammenbruch. In Kopenhagen und der zweitgrößten Stadt Aarhus gab es bereits Preiseinbrüche um 20%.

Auch der Bankensektor hat sein erstes Opfer zu beklagen. Ende August konnte die Roskilde-Bank, ein Institut mit 600 Mitarbeitern, 24 Filialen, 100.000 Kunden und einer Bilanzsumme von 5,6 Milliarden Kronen (750 Millionen Euro) nur durch eine staatliche Rettungsaktion vor dem Bankrott bewahrt werden. Die sechswöchige Suche nach einem privaten Investor blieb erfolglos, da über den angekündigten Halbjahresverlust von 72,5 Millionen € hinaus weiterer Abschreibungsbedarf in Höhe von 150 – 200 Mio. € festgestellt wurde. Die Bank war in besonderem Maße im Immobilien- und Bausektor exponiert. Ähnlich wie im Fall der deutschen IKB übernahm die öffentliche Hand (hier in Gestalt der Dänischen Zentralbank) das marode Institut zu einem Kaufpreis von 4,5 Mrd. dKr (603 Mio. €), obwohl der Börsenwert nur noch 1 Mrd. dKr (134 Mio. €) betrug. Eine Vergesellschaftung der Spekulationsverluste von der der Kopenhagener Wirtschaftsprofessor Per Hansen zu recht meint, das sie *„für die dänischen Steuerzahler außerordentlich teuer werden“* kann. Zumal Anleger und Sparer bereits öffentlich an der Solidität weiterer Institute wie der Amagerbanken und der Forstaendernes Bank zweifeln, deren Aktienkurse daraufhin abstürzten. Sollte sich die Krise am Immobilienmarkt zuspitzen und weitere Banken mit in den Abgrund reißen, hätte das für Dänemark noch gravierendere Folgen als anderswo, da die Finanzbranche dort mit einem BIP-Anteil von 24,5%

gegenüber der Industrie mit nur 14,2% ein ähnliches Übergewicht besitzt wie im Thatcher-geprägten Großbritannien. (In der Bundesrepublik beträgt der Industrieanteil 26,0%.)

Der dänische Sachverständigenrat und der Chefvolkswirt der größten Privatbank Danske Bank, Steen Bocian, rechnen allerdings mit einer „*weichen Landung*“. Wobei die prognostizierten Wachstumsraten von 0,8% im kommenden Jahr und 0,7% in 2010 nicht berauschend sind. Man könnte sie auch als lang anhaltende Krise bezeichnen. Die dänischen Wirtschaftsweisen sprechen vornehmer davon, dass „*eine strukturelle Wachstumsgrenze erreicht*“ sei, die mit dem Mangel an billiger Arbeitskraft zusammenhänge. Versuche der Regierung Rasmussen mit verschiedenen „*Jobprogrammen*“ Frührentner zurück auf den Arbeitsmarkt zu holen, erwiesen sich als unzureichend. Zentralbankchef Nils Bernstein kann deshalb auch einer Rezession gute Seiten abgewinnen. 50.000 zusätzliche Erwerbslose wären „*eigentlich wünschenswert*“, um die Löhne zu drücken, erklärte er kürzlich. Ein „*Sonderfall*“ ist diese Logik sicherlich nicht.

Vorbemerkung: Gewerkschaftsforum Hannover

Kontakt: gewerkschaftsforum-H@web.de